

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 36/39
Telefax: 06 66 846-49 ppbn d

Inhalt

Marie Schlei MdB fordert die Koalition auf, ihre Minister Offergeld und Lambsdorff "nicht als Prügelknaben und Vertreter einer Nation von Pfeffersäcken nach Manila zu schicken". Seite 1

Egon Lutz MdB bewertet die jüngsten Arbeitsmarktzahlen: Optimismus ist angezeigt. Seite 2/3

Volker Neumann MdB weist auf die Schwierigkeiten Thailands mit der Flut kamputscheanischer Flüchtlinge hin. Seite 4/5

Horst Haase MdB/MdEP unterstreicht die positive Entwicklung der Beziehungen zwischen EC und USA. Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godsberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

34. Jahrgang / 84

1. Mai 1979

Bleibt die Bundesregierung ein entwicklungspolitischer Matzerath?

Von Marie Schlei MdB
Vorsitzende des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik
der SPD-Bundestagsfraktion

So pünktlich wie ein bestimmtes Wochenblatt erscheint, so rechtzeitig wird es auch von dem sich gedrückt fühlenden Indiskretin der Kabinettsitzungen (eine Wortschöpfung des Bundeskanzlers) unfassend nachrichtlich befriedigt - diesmal über die Marathonsitzung zur Vorbereitung der kommenden UNCTAD-Konferenz in Manila. Stellt man einmal das absolut Unglaubliche in der Beschreibung des Sitzungsverlaufs beiseite, so reicht zur Beschämung schon allein das Beratungsergebnis aus: Die wohlversorgte Bundesrepublik Deutschland, auf die praktisch alle Völker der Welt blicken, bleibt entwicklungspolitisch vorerst ein zwergwüchsiger Oskar Matzerath, den Günter Graß lebenslang die Blechtrommel schlagen ließ. Dies ist nun weder aus unserer eigenen Interessenslage - was die hochgradige Export- und Rohstoffabhängigkeit angeht - gerechtfertigt noch aus unserer so erfolgreich bewältigten materiellen Nachkriegserbärmlichkeit heraus, was wir doch wohl nur mit der Starthilfe anderer Völker geschafft haben.

Wir Sozialdemokraten haben uns seit 116 Jahren für Solidarität als politische Zielsetzung und als persönliches Verhaltensprinzip entschieden. Seit Godesberg gilt sie als einer unserer drei Grundwerte. Bereits von August Bebel haben wir gelernt, daß Solidarität nicht an den nationalen Grenzen enden darf.

Unsere Diskussionen und Parteitagebeschlüsse in Hamburg entsprechen solcher Geisteshaltung, entstanden aus politischer und moralischer Kompetenz. Noch hat die Koalition eine Chance, ihre beiden Minister nicht als Prügelknaben und Vertreter einer Nation von Pfeffersäcken nach Manila zu schicken, sondern durch eine sach- und fachgerechte Entscheidung vom deutschen Volke zu wenden. (-/3.5.1979/bgy/ea)

Polster an offenen Stellen

Wirtschaft nicht ohne Grund mit gedämpftem Optimismus

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe "Probleme des Arbeitsmarktes" der SPD-Bundestagsfraktion

Im Monat der Hannover-Messe, Deutschlands empfindlichstem Konjunktur-Barometer, haben die Herren der Wirtschaft nicht ohne Grund gedämpften Optimismus aufgelegt. Der Konjunkturverlauf der letzten Monate ließ in bundesdeutschen Chefetagen eine Reihe von Sorgenfalten verschwinden. Daß sich diese Grundstimmung auch auf unseren Arbeitsmarkt niederschlägt, zeigen die jüngsten Daten der Bundesanstalt für Arbeit, die heute veröffentlicht wurden:

Wir haben mit 875.500 gemeldeten Beschäftigungslosen das Vorjahresergebnis um nicht weniger als 125.000 unterschritten. Die Arbeitslosenquote liegt im April mit 3,8 Prozent um 0,8 Punkte unter der Vorjahreszahl. Der kräftige konjunkturelle Aufwind hat vom März bis zum April 1979 noch einmal 82.900 Arbeitslosen eine Beschäftigung gebracht. Der sinkenden Arbeitslosenzahl steht zusehends ein Polster an offenen Stellen gegenüber. Mit 319.200 liegt ihre Zahl im Berichtsmonat um 21,8 Prozent höher, als im Vorjahresmonat.

Getragen wird diese Entwicklung von einem überproportionalen Abbau der Männer-Arbeitslosigkeit, die von 481.631 im Vormonat auf 409.300 im April zurückging. Bei den Frauen ist im Vergleich zum vergangenen Jahr zwar ebenfalls ein Rückgang von 7,8 Prozent zu verzeichnen, trotzdem liegt hier die Arbeitslosenzahl noch weit über der der Männer, nämlich bei 466.100. Dieses Bild, das wir ja leider auch aus den letzten Monaten kennen, wird vor allem geprägt von der nach wie vor dürftigen Ausstattung des bundesdeutschen Arbeitsmarktes mit Teilzeitarbeitsplätzen. Hier sind die offenen Stellen mit 21.200 gegenüber dem Vormonat kaum in Bewegung geraten. Ein Faktum, das erfahrungsgemäß besonders bei der Frauenarbeitslosigkeit zu Buche schlägt.

Zwei Daten aus der Aprilstatistik geben besonderen Anlaß zur Freude: Mit 121.200 gemeldeten Kurzarbeitern wurde das beste Ergebnis seit November 1973 erzielt und die Vormonatszahl um 28,6 Prozent unterschritten. Ein Zeichen, daß die Industrie zu einem immer besseren Auslastungsgrad kommt. Das zweite wäre die positive Entwicklung auf dem Teilarbeitsmarkt der Bauindustrie, wo erstmals seit langer Zeit



die Zahl der offenen Stellen mit 32.800 über der Zahl der Arbeitslosen mit 28.500 liegt. Hier ist ein Rückgang zum Vormonat von nicht weniger als 40,4 Prozent zu verzeichnen.

Auch die Jugendarbeitslosigkeit ging erfreulicherweise gegenüber dem Vormonat um 15,3 Prozent zurück und liegt jetzt bei 65.100.

Die insgesamt sehr günstige Optik wird getrübt durch die Lage der Älteren und schwerbehinderten Arbeitslosen, wo die Zahlen stagnierten, beziehungsweise leicht anstiegen. Nach der Statistik der Bundesanstalt sind jetzt 57.600 ältere Arbeitnehmer und 61.100 Schwerbehinderte arbeitslos gemeldet.

Nicht nur die nach wie vor existierenden Schwierigkeiten auf diesen Teilarbeitsmärkten, sondern auch die Existenz einer Reihe von Arbeitsamtsbezirken mit einer Arbeitslosenquote von über sechs Prozent machen weitere Initiativen der Bundesregierung nötig. Ein Schritt in diese Richtung ist das vom Bundesarbeitsminister vorgelegte Arbeitsmarktprogramm mit einem Finanzvolumen von 500 Millionen DM. Das Arbeitsmarktprogramm soll

- in Problemregionen wie beispielsweise Ostbayern, Zonenrand oder Saarland über gezielte Lohnkostenzuschüsse die innerbetriebliche Umqualifizierung erleichtern,
- die Wiedereingliederung langfristiger Arbeitsloser großzügig finanziell fördern, wobei besonders an die Älteren und schwervermittelbaren Arbeitslosen gedacht ist,
- neue Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen finanzieren, besonders im Bereich der sozialen Dienste von Kommunen und freien Trägern, um so zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen beizutragen.

Es wäre zu begrüßen, wenn das Bundeskabinett eine schnelle Entscheidung über dieses zweifelsohne notwendige Arbeitsmarktprogramm für strukturschwache Regionen herbeiführen könnte.

(-/3.5.1979/va-he/ca)



Neue Flüchtlinge in Thailand

Der Krieg in Kambodscha geht seinem Ende entgegen

Von Volker Neumann MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Der 25 Kilometer lange Zug der über 50.000 Flüchtlinge aus Kambodscha entlang der Grenze in Thailand in Richtung Süden erinnert viele Deutsche an die Flüchtlingstrecks während des Zweiten Weltkrieges. Die Korrespondentenberichte von dem Marsch der Frauen und Kinder begleitet von den Soldaten des Pol Pot-Regimes, die mit ihren Gewehren die Menschen wieder in das unkämpfte Kambodscha zurücktreiben, zeigt, wie weit Indochina vom Frieden entfernt ist.

Viele von den Kambodschanern würden gern in Thailand bleiben. Thailand ist jedoch kaum mehr in der Lage, weitere Flüchtlinge aufzunehmen. In Thailand befinden sich in den Flüchtlingslagern seit Jahren über 150.000 Flüchtlinge aus Laos, Kambodscha und Vietnam. Monatlich kommen etwa 5.000 Flüchtlinge nach Thailand, die zum Teil durch die Hilfe der Vereinten Nationen und den Ländern der westlichen Welt von diesen aufgenommen werden. Aber es bleiben auch Hunderte von Flüchtlingen in Thailand.

Die dritte Flüchtlingswelle, die nach einem totalen Sieg der Truppen Kambodschas und Vietnams über die Reste der Truppen des Pol Pot-Regimes zu erwarten ist, kann von Thailand allein nicht mehr aufgenommen werden. Die erste Flüchtlingswelle nach dem Sieg der Kommunisten in Vietnam, Laos und Kambodscha hat im Jahre 1975 zu einem Flüchtlingsstrom von 250.000 Menschen nach Thailand geführt. Die zweite Flüchtlingswelle, die wir in den letzten Monaten erlebt haben, hat die aus humanitären Gründen aufnahmebereiten Länder Südostasiens schon vor nahezu unüberwindbare Probleme gestellt. Eine dritte Welle ist nicht zu verkraften.

Das Entwicklungsland Thailand hat in den letzten Jahren mehrere Millionen US-Dollar für die Aufnahme der Flüchtlinge ausgegeben, die sie dringend für die Entwicklung



des eigenen Landes nötig gehabt hätte. Dieses führt zu einer Verschärfung der sozialen Konflikte zwischen der ländlichen Bevölkerung und den einflußreichen Städtern, die die thailändische Regierung immer unter Druck gesetzt haben. Im Norden und Nordosten, also in den Grenzgebieten zu Kambodscha und Laos verdienen sieben Millionen kaum den eigenen Lebensunterhalt. Nach jüngsten Untersuchungen der Weltbank verringerte sich seit 15 Jahren das Realeinkommen der Landbewohner stetig. Ein Drittel der bäuerlichen Haushalte, rund neun Millionen Menschen, lebt unterhalb einer absoluten Armutgrenze, die bei 150 Baht (rund 13 DM) pro Kopf und Monat gezogen ist. In diese soziale Situation hinein ist ein weiterer Flüchtlingsstrom zu erwarten.

Die westliche Welt, die europäischen Länder und insbesondere die Bundesrepublik Deutschland sind verpflichtet, hier noch stärker als bisher humanitäre Hilfe zu leisten. Dieses gilt insbesondere in Erinnerung an die Hilfe, die den deutschen Flüchtlingen nach dem Zweiten Weltkrieg gewährt worden ist.

Das Bild von dem langen Flüchtlingstreck der kambodschanischen Frauen und Kinder entlang der thailändischen Grenze durch die Gebiete der armen thailändischen Landbevölkerung dürfte Ansporn genug sein, neue Anstrengungen zu unternehmen, um auf allen Ebenen Thailands zu helfen.

(-/3.5.1979/va-he/ca)



Positive Entwicklung

Die Beziehung der EG zu den USA

Von Horst Haase MdB

Mitglied des Europa-Parlaments

Das Verhältnis der Europäischen Gemeinschaft zu den Vereinigten Staaten ist in Teilen seiner Beziehungen von eigenständiger Bedeutung. Dies ergibt sich aus der Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft für die Handelspolitik (GATT), der Energiepolitik (EURATOM) und den Wirtschaftsgipfeln (Teilnahme des Präsidenten der Europäischen Kommission).

Insbesondere die Handelsbeziehungen waren in letzter Zeit durch das Nichtvorkommen bei den GATT-Verhandlungen belastet. Der gemeinsame Druck, dem die EG und die USA auf der nächsten UNCTAD seitens der Entwicklungsländer ausgesetzt sein werden, hat sicher dazu geführt, daß die USA trotz der Vorbehalte des amerikanischen Kongresses bereit waren, GATT zu einem Erfolg zu verhelfen und Einfuhr-erleichterungen zu schaffen, insbesondere aber die unerfreuliche Verbindung zwischen der landwirtschaftlichen Exportförderung der USA und dem bisher industriell geprägten Handel aufzugeben. Die parlamentarischen Verbindungen zwischen europäischen Abgeordneten und US-Kongreßmitgliedern haben sicher auch teilweise zu diesem Erfolg beigetragen.

Eine Auflockerung der Beziehungen zwischen der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den USA ist auch im Bereich der Lieferung von spaltbarem Material eingetreten. Durch das Nicht-Verbreitungs-Gesetz des amerikanischen Kongresses drohte zunächst die Sperrung weiterer Lieferungen von spaltbarem Material an EURATOM. Eine solche bisherige strikte Regelung ist jetzt aufgelockert worden durch die Bereitschaft der Amerikaner, die Sicherheitsfragen in einer internationalen Konferenz (INFCE) zu klären und bis dahin weiter zu liefern.

Auf der letzten gemeinsamen Tagung der europäischen und amerikanischen Abgeordneten vom 17. bis 19. April in Paris wurde eine Empfehlung erarbeitet, die sich an alle beteiligten europäischen Parlamentarier und den amerikanischen Kongreß



richtet. In dieser Empfehlung werden noch einmal deutlich folgende Punkte herausgestellt:

1. Es wird die enge Zusammenarbeit zwischen den USA und der EG bei der INFCE-Konferenz anerkannt mit dem Ziel, den nuklearen Brennstoffkreislauf gegen mißbräuchliche Verwendung abzusichern.

Es wird weiter anerkannt, daß die Atomenergie eine wichtige Alternative dann für die Grundelektrizitätserzeugung darstellen kann, wenn die Probleme der Beseitigung radioaktiver Abfälle gelöst werden können und der international geschlossene Nicht-Verbreitungsvertrag nicht umgangen werden kann.

2. Die Abgeordneten haben weiter betont, daß der erste Schritt in Richtung auf eine wirksame Energiepolitik in der Annahme von Maßnahmen zur Energieeinsparung bestehen muß und in der Unterstützung der Beschlüsse, die die Regierungen auf dem Bonner Wirtschaftsgipfel gefaßt haben.

Gerade der letzte Punkt umfaßt die Aufforderung an den amerikanischen Kongreß, aber auch an alle europäischen Parlamente, mit der Energieeinsparung Ernst zu machen. Sollte diese Empfehlung in den Parlamenten der europäischen Länder und der USA auf Zustimmung stoßen, so wäre ein weiterer Schritt in die richtige Richtung getan.

Insgesamt muß daher festgestellt werden, die Beziehungen zwischen der EG und den USA haben sich in den letzten Monaten weiter positiv entwickelt und die Ansätze deuten darauf hin, daß diese Entwicklung in Zukunft anhält.

(-/3.5.1979/va-he/ca)

+ + +
Verantwortlich: Willi Carl

